



Entwurf

Resolution des Rates der Stadt Bornheim zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF)

- Der Rat der Stadt Bornheim unterstützt die mit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) verbundenen Ziele, insbesondere die Vorgaben zur Umsetzung des Grundsatzes der intergenerativen Gerechtigkeit.
- Der Rat der Stadt Bornheim begrüßt ausdrücklich die Absicht der Landesregierung, das Neue Kommunale Finanzmanagement weiterzuentwickeln.
- Der Rat der Stadt Bornheim sieht insbesondere im Verhältnis zwischen Umlageverbänden und Umlagezahlern das Erfordernis zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements. Dies vorausgeschickt, hält der Rat der Stadt Bornheim eine gesetzliche Regelung im Hinblick auf die Liquiditätsverwendung aus Umlagefinanzierungen für dringend erforderlich und regt die konkrete Umsetzung wie folgt an:
 - Liquiditätsüberschüsse bei Umlageverbänden, die im Wege einer Nachkalkulation im Rahmen des Jahresabschlusses ausgewiesen werden, sind an die Umlagezahler zurückzugeben soweit aus Gründen der Wirtschaftlichkeit nachstehenden Verpflichtungen kein Vorrang einzuräumen ist:
 - Verpflichtung der Umlageverbände, Liquiditätsüberschüsse aus Umlagen - sofern diese aus der Umlagefinanzierung von bilanziellen Abschreibungen resultieren - zwingend zur außerordentlichen Tilgung von Investitionskrediten einzusetzen
 - Verpflichtung der Umlageverbände, darüber hinausgehende Liquiditätsüberschüsse aus Umlagen - die zusätzlich durch die Umlagefinanzierung von aufwandswirksamen Zuführungen zu Pensionsrückstellungen entstehen können, verpflichtend zum Aufbau eines zweckgebundenen Kapitalstocks einzusetzen, aus dem künftige Pensionszahlungen des Umlageverbandes finanziert werden.

Wolfgang Henseler
(Bürgermeister)

Petra Heller
(CDU-Fraktion)

Wilfried Hanft
(SPD-Fraktion)

Hans-Gerd Feldenkirchen
(UWG/Forum-Fraktion)

Gabriele Deussen-Dopstadt
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Christian Koch
(FDP-Fraktion)